

Die neue Eigentumspolitik.

Die Sozialdemokraten in Deutschösterreich haben bezüglich ihrer alten Eigentumspolitik eine starke Mauerung durchgemacht. In ihrem Wahlprogramm lassen sie den Bauern und den Gewerbetreibenden ihr Eigentum und begnügen sich mit der Sozialisierung, mit der Vergesellschaftlichung der Banken, der Industriegeellschaften, der großen Betriebe und des Grundbesitzes, deren Eigentümer mit Geld abgefertigt werden sollen. Die Kosten der Ablösung für die Banken, Bergwerke, Großbetriebe in der Industrie und im Handel sollen durch eine progressive Vermögenssteuer hereingebracht werden, „so daß die Gesamtheit der Kapitalisten bezahlen muß, was die enteigneten Kapitalisten“ bekommen. An der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe sollen Arbeiterausschüsse mitwirken, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Betriebe gewählt werden. Der Gewinn soll zwischen dem Staat und den Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Betriebe geteilt werden. Das, was der Sozialdemokratie als Endziel vorschwebt, soll nun Wirklichkeit werden. Wir erklären im voraus, daß wir gegen eine solche Sozialisierung keine grundsätzlichen Einwendungen erheben würden, wenn wir des Nutzens für die Allgemeinheit sicher wären. Eine solche wirtschaftliche Umwälzung würde noch immer dem Privateigentum einen gewissen Spielraum lassen und nur die schädlichen Wirkungen der großkapitalistischen Entwicklung beseitigen. Ein richtiges Verhältnis zwischen Gemeineigentum und Privateigentum kann zur Lösung der sozialen Frage viel beitragen. Unsere christliche Weltanschauung kennt kein absolutes Eigentumsrecht und verlangt, daß der Gebrauch desselben mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen ist. Die Grenzen zwischen dem persönlichen und dem vergesellschaftlichten Eigentum sind der Entwicklung unterworfen. Wenn wir die Forderung der allgemeinen Sozialisierung ablehnen, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir darin eine Maßregel erblicken, die bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Allgemeinheit keinen Nutzen bringen, sondern nur zu einem fürchterlichen Zusammenbruch unserer

Volkswirtschaft führen würde. In dem sozialdemokratischen Wahlausruf mag diese Forderung auf die Besitzlosen eine bezaubernde Wirkung und bestridenden Reiz ausüben, doch bei näherer Betrachtung der Schwierigkeiten wird man zu dem Schlusse kommen, daß ihre Durchführung mit dem Ruin unserer Volkswirtschaft gleichbedeutend wäre.

Im vorhinein möchten wir betonen, daß auch die christlich-soziale Partei einer Sozialisierung privater Monopole, die zur Ausbeutung und zur Vorherrschaft des Großkapitals führen, nicht grundsätzlich sich ablehnend verhält. Wo die Vorbedingungen gegeben sind, wo der Kapitalismus zur höchsten Vereinigung gediehen, wo die Gewähr eines Nutzens für die Allgemeinheit vorhanden ist, wird eine Enteignung gegen Ablösung möglich und auch anzustreben sein. Doch der sozialdemokratische Wahlausruf geht weiter, er will den Anschein erwecken, daß eine sozialdemokratische Mehrheit mit einem Schlage das ganze Großkapital enteignen kann. Und gerade diese Formulierung ist eine Irreführung der Besitzlosen, eine arge Täuschung, die den Arbeitenden bereitet wird, denn im sozialdemokratischen Lager selbst herrscht über das Tempo und den Umfang der Sozialisierung eine unheilvolle Verwirrung. Neben den Anhängern einer sofortigen und allgemeinen Enteignung führen sehr vorsichtige Führer das große Wort, deren praktische Vorschläge schließlich mit denen der christlichsozialen Partei eine sehr überraschende Ähnlichkeit aufweisen. Gerade das russische Beispiel hat die Sozialdemokraten zu der größten Vorsicht gemahnt, denn die praktische Durchführung des sozialdemokratischen Programmes hat nicht bloß zu dem Rückgang der Produktion, sondern auch zu einer schweren wirtschaftlichen Notlage der Fabrikarbeiter geführt. Gerade die Arbeiterausschüsse, von denen der sozialdemokratische Wahlausruf spricht, haben in den meisten Fällen versagt, sie sind die Brutstätten der schlimmsten Korruption und einer brutalen Parteidiktatur geworden. Viele Mitglieder der Arbeiterausschüsse haben sich bereichert. Wer nicht Anhänger der herrschenden Partei, der Bolschewiki, ist, wird nicht in den Ausschuß gewählt, und wenn die Arbeiter sich nicht als willenlose Werkzeuge der Bolschewiki gebrauchen lassen, so sorgen die politischen Ortsorganisationen der Bolschewiki dafür, daß verlässliche Leute in die Fabrik eintreten, die solange wählen, bis wieder treue und verlässliche Anhänger der Bolschewiki die

Führung haben. Natürlich sind unsere Sozialdemokraten mit einer Ausrede nicht verlegen, wenn man auf das russische Fiasco hinweist. Sie erklären nämlich, daß die Voraussetzungen für die Sozialisierung nicht vorhanden waren. Nun haben aber Anhänger des Marx in Rußland das Experiment gemacht, von dem man doch verlangen muß, daß sie sich auch der Gefahren einer allgemeinen Sozialisierung bewußt waren. Ist aber nicht die Gefahr vorhanden, daß unsere Sozialdemokraten in ebenso leichtsinniger Weise ein ähnliches Experiment machen und von ihren Anhängern, denen man die Sozialisierung als etwas so einfaches und leichtes hinstellt, hierzu gedrängt werden?

Nur um einen Wahlerfolg zu sichern, verschweigt der sozialdemokratische Wahlausruf die Schwierigkeiten und die Bedenken, die gegen eine sofortige allgemeine Sozialisierung sprechen; obgleich gerade der Streit im sozialdemokratischen Lager in Deutschland sich um diese Frage dreht. Während es den Unabhängigen und den Spartakusleuten darum zu tun ist, die Sozialisierung möglichst schnell und allgemein durchzuführen und den Arbeitern Frankreichs und Englands das Beispiel eines Landes ohne Kapitalisten vor Augen führen zu wollen, machen die Mehrheitssozialisten aus ihrer Überzeugung kein Geheiß, daß eine solche soziale Revolution die Produktion herabsetzen, die Betriebe einer sachkundigen Arbeitsleitung berauben und den Ertrag der Arbeit so herabmindern würde, so daß die Arbeiter viel schlechter leben würden als heute. Wenn alle Sozialdemokraten überzeugt wären, daß die Sozialisierung sofort durchführbar und von Nutzen sei, dann müßten sie ja fieberhaft verlangen, so rasch als möglich ein Musterbeispiel einer sozialistischen Gesellschaft zu geben. Sind die Jubellieder unserer sozialdemokratischen Presse über die Bolschewiki in Rußland schon vergessen? Vielleicht deshalb, weil Lenin selbst zugestand: „Wenn wir mit der Enteignung in gleichem Tempo fortfahren würden, würden wir bestimmt eine Niederlage erleiden. Die Organisation der Produktion unter proletarischer Kontrolle ist offenkundig hinter der Expropriation des großen Kapitals zurückgeblieben.“ (Siehe Kautsky, „Die Diktatur des Proletariats“, S. 541.) übrigen hat auch ein deutschösterreichischer Sozialdemokrat einige Tage nach der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlprogrammes die schwersten Bedenken gegen eine Sozial-

fierung vorgebracht. Max Adler betont in der „Arbeiter-Zeitung“, 1. Jänner 1919, daß der Sozialismus nur durchführbar sei in einem Lande des Überflusses, des gesellschaftlichen Reichtums, und gibt zu bedenken, daß Rußland, Deutschland und Österreich in Trümmerstätten verwandelt wurden. Der Zeitpunkt sei daher ungünstig, der Sozialismus will als Spender wie ein Himmelsbote kommen, wenn er aber heute sein Programm verwirklichen will, kann er nicht sein Versprechen einlösen, daß die Menschen besser leben werden als früher, sondern muß die Opferwilligkeit aller im höchsten Grade in Anspruch nehmen. Max Adler erteilt seinen Genossen folgenden Rat: „Darum erschiene es viel dringender, das leidenschaftlich umstrittene Thema des Tempos der Sozialisierung nicht dem der Herstellung einer Einheitsfront des Sozialismus voranzustellen.“ Die Sozialdemokraten sind sich daher selbst noch nicht klar, ob sie zur Sozialisierung schreiten werden, wenn sie bei den Wahlen die Mehrheit erlangen. Um diese Frage wird noch gestritten. Daraus kann man ersehen, welch unehrliches Spiel die Sozialdemokratie treibt, wenn sie die Sozialisierung geradezu in den Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes stellt.

Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf erweckt bei den Arbeitern den Glauben, daß der Vergesellschaftlichung der Fabriken und Industriebetriebe und der Verteilung des Reingewinnes zwischen den Angestellten und dem Staate nur ein Hindernis am Wege steht, nämlich das heutige Stärkeverhältnis der Parteien. Heute müssen die Sozialdemokraten die Herrschaft im Staate mit den bösen Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen teilen. Die Wahlen für die Nationalversammlung sind nun in den Augen der irreführten Arbeiter das Mittel, um eine sozialistische Mehrheit zu erringen, und damit die Sozialisierung durchzusetzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im sozialdemokratischen Lager selbst eine heillose Verwirrung über das Tempo und den Umfang der Sozialisierung herrscht, und daß es nur eine Augenauswischerei ist, wenn das Wahlprogramm derartige Hoffnungen bei der Ar-